

Wie die EU-Bürokratie und die Parteien das gemeinsame Europa gefährden

Georg Keckl, Hannover am 19.05.2019

In der aktuellen Ausgabe der ZEIT (16.05.2019) auf Seite 39 kritisiert der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dieter Grimm, die tatsächliche „Verfassung“ der EU siehe <https://www.zeit.de/2019/21/dieter-grimm-europaeische-union-selbstbestimmung-mitgliedslaender/komplettansicht> Das ist doch recht mutig für eine Zeitung, kurz der EU-Wahl profunde Kritik an den Zuständen in der EU ins Blatt zu nehmen, wenn auch nicht „massentauglich“. Geht es bei der Wahl doch anscheinend um Gut oder Böse. Die Wahlkampf-Werbung für die EU hat ein unterirdisches Niveau erreicht, wie für Keksriegel oder Tampons, das soll ja gerade von den Fehlentwicklungen ablenken („Wir machen Europa stark“, „Wir machen Europa sozial“, „Für Königinnenreiche auf unseren Wiesen“). Wie sich Erwachsene nicht schämen, mit so einem Quatsch von den Aufgaben abzulenken und das verschleiern, was sie wirklich vorhaben: Über willfährige Partei-Listenabhängige Europaabgeordnete wollen die Parteistrategen das durchdrücken, was sie in nationalen Parlamenten nicht durchbringen würden, ihre Stellungen über die EU-Macht perspektivisch eigennützig absichern, und dabei ausnutzen, dass sich das EU-Recht anmaßt, über den Verfassungen der Nationalstaaten zu stehen.

Wie durch einen Putsch hat letztendlich de facto die EU-Bürokratie die Macht in der EU an sich gerissen. Sie kann nach Belieben und Gekungel Mitgliedsstaaten anklagen oder nicht anklagen oder Anklagen zurückziehen, weil EU-Verträge die Verfassungen und Parlamente der Nationalstaaten konjugieren. Sie kann erpressen in einem sehr weiten Rahmen, wie und wo sie will, ohne genaue Vorgaben, bei jedem Land verschieden.

Prof. Grimm beschreibt nun, wie zu diesen Juristen-Putsch gekommen ist, z.B. *„Im zweiten Urteil fügte der Europäische Gerichtshof dann hinzu, dass Europarecht Vorrang vor nationalem Recht genießt, sogar vor dem höchstrangigen nationalen Recht, den Verfassungen der Mitgliedsstaaten. In den Verträgen stand beides nicht zu lesen.“* und *„Die (EU-)Verträge sind im Gegensatz zu Verfassungen voll von dem, was in jedem Mitgliedsstaat bloßes Gesetzesrecht wäre. Man muss sich das so vorstellen, als ob das gesamte Kartellgesetz und das halbe Handelsgesetz im Grundgesetz geregelt wären. All diese Regelungen partizipieren nun aber am Verfassungsrang der Verträge, sind also dem politischen Einfluss entzogen. Das verschiebt die Gewichte von der Politik zu den Gerichten. In der EU werden Entscheidungen von höchster politischer Bedeutung in einem unpolitischen Modus gefällt. Die demokratisch legitimierten und kontrollierten Institutionen sind davon nicht nur ausgeschlossen, sie können auch nichts daran ändern. Die EU ist überkonstitutionalisiert.“*

ZEIT: „Die Rechtsprechung war der Schleichweg, um die nationale Demokratie zu umgehen?“

Grimm: *„Das war nicht die Absicht, aber die Wirkung.“*

und *„Die Parteien haben keine konstruktive Einstellung zu legitimer Kritik und legitimer Opposition gefunden, sondern sie haben Kritiker als EU-Gegner abgetan. Erst recht gilt das für die EU selbst.“*

und *„Meine Vorbehalte sind allein demokratisch begründet. Die demokratische Eigenlegitimation der EU ist schwach.“*

Die Parteien verdecken mit dem Bullerbü-Wahlkampf diese Entwicklung, die sich z.B. darin zeigt, dass die EU-Kommission Deutschland auf Grundlage absurder Nitratmesswert-„Fakten“ verklagt, bzw. so erpresst, wie sie es für nötig hält, und dass bei Frankreich hintrium ausgekungelt wurde, dass die Kommission Frankreich wegen des dauernden Bruchs der Haushaltsregeln nicht verklagt. Diese Klageverschonung wurde übrigens von Merkel und Sarkozy im „Strandspaziergang von Deauville“ ausgehandelt und der EU-Kommission befohlen, als Preis dafür, dass sich die französischen Parteien 2005 über das 55,7 %-NEIN der der Franzosen in der Volksabstimmung zur EU-Verfassung hinwegsetzten und die Verfassung über die kalte Küche als „Vertrag von Lissabon“ durch das Parlament jagen. Was natürlich, EU-typisch, nicht gesagt wurde ist, dass jedes EU-Vertrügchen jede Verfassung eines Mitgliedstaates aussticht. Das ist die Ursünde und das wollen die Parteien vor den entmündigten Völkern verstecken. Entmachtet die Bürokraten, sonst geht unser Europa den Bach runter! Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien u.a. (Griechenland, Polen, Dänemark, Schweden und Tschechien sicher nicht) sollten vorangehen und sich in ganz anständiger Weise eine Verfassung geben, eine Regierung, dafür beim Volk werben, ein Staat werden, die kassierende Reststaaten sollten eine Freihandelszone werden, sogar mit der Türkei. Ein Versuch wäre es Wert, bevor mit Trickereien alles zerfällt. Unser Europa braucht im Europavolk mehrheitsfähige Politiker, es braucht ein Vision, so einem Blödsinn wie "Königinnenreiche auf unseren Wiesen" samt Hanskaspern und PR-Tratschgreteln braucht es nicht, das schadet der EU, die sollen doch besser für grüne Marsriegel werben: Was gestern Verfassung hieß, heißt heute EU-Vertrag, wie bei Raider und Twix, ihr Niveau.

Georg Keckl